Dienstag, 6. November 1928 - 76. Jahrgang Nr. 525

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,50 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 60 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 10 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3462; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209 — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 69, Fennstr. 1, Fidicinstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Strasse 197, Grosse Frankfurter Strasse 89, Kochhannstrasse 8, Königstr. 19, Köpenicker Strasse 67-68, Moritzplatz, Müllerstrasse 135, Potsdamer Strasse 33, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 48, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Wiener Strasse 1-6, Zimmerstrasse 59; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34, Nürnberger Str. 25-26, Scharrenstrasse 39, Tauentzienstrasse 2; Cöpenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Henriettenpl.; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstrasse 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloss-Str. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Graetzstr. 61; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 88; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Abfahrt des Zeppelin — Amerikas Wahltag
Pariser Krisenstimmung — Familientragödie

Das witzige Finanzamt

Man sagt immer, dass der deutsche Beamte keinen Spass versteht, und dass es unseren Behörden an Humor, diesem untrüglichsten Zeichen freier Menschlichkeit, mangele. Also da muss etwas zu ihrer Rechtfertigung geschehen, und man muss lobpreisend verkünden, was für einen herrlichen Witz sich dieser Tage ein preussisches Finanzamt geleistet hat!

Man wird sich erinnern, dass der Schriftsteller Fritz Röttcher, verantwortlicher Redakteur der „Menschheit", in einer nicht ganz einwandfreien Weise von der preussischen Polizei an die Grenze des besetzten Gebiets gelockt und verhaftet wurde — in einer jener beliebten „Landesverrats"-Affären. Seine Freunde brachten damals zu seiner Befreiung einen Fonds von 6000 Mark auf und gegen Kautionsstellung ist Röttcher auch wirklich entlassen und sein Prozess dann durch das Amnestiegesetz niedergeschlagen worden.

Nun kommt das Finanzamt Wiesbaden und verlangt zehn Prozent Steuer von jenen 6000 Mark, die „einmaliger Eingang in einem Gewerbebetrieb" seien! — Herr Röttcher gibt sich grosse Mühe, den Herren begreiflich zu machen, dass sich verhaften zu lassen eigentlich kein richtiges Gewerbe ist — mindestens keins, das man auf die Dauer erfolgreich ausüben kann. Die Sache schwebt beim Finanzgericht in Kassel und man darf einigermassen gespannt sein, wie sie ausgeht und ob der Kampf mit der politischen Polizei wirklich künftig in Preussen als steuerpflichtiges Gewerbe angesehen werden wird. **Bb.**

Achmed Zogu bekommt Konkurrenz. Achmed Zogu, Albaniens neuem Serenissimus, ist ein Konkurrent entstanden! Ein spanischer Adliger, gestützt auf eine verwickelte Familiengeschichte, erhebt Ansprüche auf den albanischen Thron.

Heute Präsidentenwahl in U.S.A.

Hoovers günstige Aussichten — Kulturkämpferische Tendenzen gegen „Al" Smith

Am heutigen 6. November wird in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Wahl des neuen Präsidenten vor sich gehen. Ausserdem werden 32 Senatsmitglieder und das ganze Repräsentantenhaus neugewählt werden. Mit den beiden Präsidentschaftskandidaten, dem Republikaner Hoover und dem Demokraten „Al" Smith, stehen zwei markante Persönlichkeiten im Mittelpunkt eines Wahlkampfes, der bis zum letzten Augenblick von den beiden grossen politischen Parteien des Landes mit ausserordentlicher Schärfe geführt worden ist.

In den Vereinigten Staaten ist die Person des Präsidenten mit so umfangreichen Machtvollkommenheiten ausgestattet, dass der Ausgang dieser Wahl für die politischen Geschicke des Landes von entscheidender Bedeutung ist. Aus diesem Grunde haben auch die beiden Kandidaten nach ihrer Nominierung durch ihre Parteien ein politisches Programm aufstellen müssen, in denen sie zu allen wichtigen Fragen Stellung nehmen und eine ganze Reihe von Versprechungen eingehen, um so die Gunst der Wählerschaft zu erringen.

Hoover hat als Kandidat der Republikaner die amerikanische Hochfinanz und die Grossindustrie hinter sich, weshalb er ein Programm der ausgesprochenen Hochschutzzollpolitik vertritt.

Weiterhin verspricht der republikanische Kandidat die Wahrung der amerikanischen Rüstungsinteressen, indem er den Grundsatz geltend macht, dass die amerikanische Kriegsmacht hinter keiner anderen Macht der Welt zurückstehen müsse.

Der demokratische Gegenkandidat „Al" Smith ist in seiner wirtschaftlichen und politischen Einstellung wesentlich liberaler als Hoover. Zum ersten Male wird durch ihn das Problem einer Lockerung des Alkoholverbots aufgerollt, ein Problem, das gerade in den letzten Jahren in Amerika lebhaft diskutiert worden ist. Auch in sozialpolitischer Hinsicht haben die Demokraten eine scharfe Kampfstellung gegen ihre republikanischen Gegner eingenommen, indem sie ihnen vorwarfen, dass sie die Lakaien der Hochfinanz seien, deren Interessen durch einen republikanischen Präsidenten geschützt würden. Während im allgemeinen soziale Probleme im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielen — bekanntlich ist die amerikanische Arbeiterschaft viel schlechter organisiert als die Arbeiter in Europa —, haben die Demokraten diesmal eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt, die die Wohlfahrt der ärmeren Klassen betreffen.

Die Tatsache, dass „Al" Smith Katholik ist, wurde während des Wahlkampfes von den Anhängern Hoovers weidlich ausgenutzt. Obwohl Smith in religiösen Fragen niemals eine kulturkämpferische Haltung eingenommen hat, obwohl konfessionelle Gegensätze sonst in Amerika kaum hervortreten, spielt bei der Persönlichkeit des demokratischen Präsidentschaftskandidaten das religiöse Bekenntnis im Wahlkampf eine ausschlaggebende Rolle. Wenn „Al" Smith Protestant wäre, müsste man annehmen, dass seine Wahlaussichten erheblich günstiger wären. So aber hat der protestantische Hoover eine ungleich günstigere Position, weil die überwiegend protestantische Bevölkerung der Vereinigten Staaten es ablehnt, ihre Stimme einem Katholiken zu geben.

Aus diesem Grunde muss man annehmen, dass die Wahl Hoovers gesichert ist.

Als Persönlichkeit ist zwar „Al" Smith seinem republikanischen Gegner in mancher Hinsicht weit überlegen, denn er hat für die allgemeinen sozialen und politischen Probleme weit mehr Verständnis gezeigt als der Kandidat der Republikaner, der bei den meisten Amerikanern nur als Wirtschaftsführer, nicht aber als Politiker populär ist.

Liberaler Sieg in Nikaragua

Werden die Amerikaner jetzt das Land freigeben?

In Nikaragua hat am Sonntag die Präsidentenwahl stattgefunden, die unter Bewachung einer starken nordamerikanischen Besatzungstruppe durchgeführt wurde. Das Ergebnis bedeutet einen glatten Sieg der liberalen Partei, deren Kandidat, der General José Maria Moncada, mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde. Der konservative Gegenkandidat Benard erhielt um mindestens 15 000 Stimmen weniger als Moncada.

Dieser Ausgang der Präsidentenwahl in Nikaragua ist insofern von besonderem Interesse, als der Sieg des liberalen Kandidaten einen Protest gegen die gewaltsame Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten Nikaraguas darstellt. Die Amerikaner hatten die Wahl eines konservativen Kandidaten gewünscht, weil sie von dem bisherigen konservativen Präsidenten Diaz die Vollmacht erhalten hatten, Marinetruppen ins Land zu schicken, um die liberalen Revolutionäre niederzuhalten. Es erhebt sich nunmehr die Frage, ob Amerika das Versprechen, seine Truppen nach der Wahl aus Nikaragua zurückzuziehen, einlösen wird. Leider hat es den Anschein, als ob man in Washington nicht daran denkt, die Unabhängigkeit der nikaraguanischen Republik zu achten, denn der amerikanische Senat hatte vor einigen Monaten einen Antrag der Opposition, die Marinetruppen im nächsten Frühjahr aus Nikaragua zurückzuziehen, mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Zusammentritt der demokratischen Reichstagsfraktion. Die demokratische Reichstagsfraktion tritt am Dienstag, 13. November, nachmittags 2 Uhr, im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, in der die politische Lage erörtert werden wird.

Poincarés Konflikt mit der Linken

Reaktionäre Entrüstung über die Forderungen der Radikalen — Krisengefahr?

PARIS, 5. November.

Der radikale Kongress von Angers wurde heute geschlossen. Die Folgen der gestern angenommenen Tagesordnung werden von den Nachmittagsblättern als bedenklich ernst bezeichnet. Falls der Ministerpräsident Poincaré für das Budget keine Konzessionen macht, wird sich ein Konflikt in der Regierung kaum vermeiden lassen. Der Abgeordnete Lamoureux hat erklärt, dass die Radikalen an ihrem Programm festhalten würden, gleichviel welche Konsequenzen sich aus dieser Haltung ergeben. Wenn die Haltung der Radikalen wirklich so einig bleibt, wie Lamoureux glaubt, dann ist der Austritt der Radikalen aus der Regierung unvermeidlich. Dass Poincaré nachgeben könnte, wird von niemandem für möglich gehalten.

Die Annahme der Tagesordnung Montignys bringt die Gegner der Radikalen in blinde Wut. Das „Journal des Débats" schreibt: „Der Kongress in Angers hat den radikalen Plan enthüllt. Es handelt sich nicht mehr um halbe Massnahmen und theoretische Erklärungen, die Radikale Partei sagt jetzt den Krieg an gegen jede nationale Politik, gegen die Regierung, gegen Poincaré.

Daladier und Malvy führen den Angriff, Caillaux ist der geheime Leiter.

Bei dem kecken Unterfangen ist jedem Franzosen seine Pflicht vorgezeichnet. Es ist von wichtiger Bedeutung, ob Herriot viele Widersprüche herausfinden kann, um Minister zu bleiben, oder ob er es vorziehen wird, Poincaré zu verlassen, um der Leutnant Caillaux' zu werden." Die erbitterte Uebertreibung dieses Wutausbruches ist um so ungerechter, als die Radikalen, deren treue Gefolgschaft das Kabinett Poincaré viel zu danken hat. Die wilden Worte wirken sogar etwas lächerlich, wenn man die bisher bewiesene Mässigung der Radikalen mit dem gestern angenommenen Programm Montignys vergleicht.

Beim Bankett des radikalen Parteiausschusses in Angers war als einziger Vertreter der deutschen Demokraten Wilhelm Heil, der Vizepräsident der Internationalen Vereinigung der Demokraten, zugegen.

Schnelldienst

Die Grosshandelsindexziffer ist in der letzten Woche mit 140 gegenüber der Vorwoche mit 139,8 nahezu unverändert.

Das Verbot der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" ist vom hamburgischen Senat aufgehoben worden.

Ministerpräsident Poincaré hat nach seiner Unterredung mit Botschafter von Hoesch den englischen Botschafter Sir William Tyrrell empfangen.

Das tschechische Ministerium des Innern hat die Wahlen in die Landesvertretungen für den 2. Dezember 1928 ausgeschrieben.

Aus Anlass der Eröffnung des drahtlosen Fernsprechverkehrs zwischen Amerika und Oesterreich wurden Begrüssungsgespräche gewechselt.

Der Verteidiger von Alfred Dreyfus, der Advokat Henri Mornard, ist in Paris gestorben.

Da man in Budapest neue Studentenkrawalle befürchtet, werden die Universitätsvorlesungen bis auf weiteres nicht aufgenommen werden.

Der Aetna ist wieder in lebhafter Tätigkeit. Es hat sich ein neuer Trichter gebildet, der massenhaft Lava auswirft, die auf die Gemeinde Mascali vorrückt.